

Bundesleitung

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Telefon 030.40 81-40
Telefax 030.40 81-4999
post@dbb.de
www.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion Friedrichstraße 169 10117 Berlin

An die
Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften
des dbb beamtenbund und tarifunion

- je besonders -

22.07.2025
GB 3 Cz/fj
Durchwahl: 5302
Info-Nr.: 13/2025

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der dbb hat vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten erhalten und hierzu eine schriftliche Stellungnahme abgegeben.

Der vorliegende Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung als eines der wichtigsten sozialen Sicherungssysteme in Deutschland zu stabilisieren und das Vertrauen in die Nachhaltigkeit des Systems zu stärken. Hierzu ist vorgesehen, die Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent, die bisher nur bis zum Jahr 2025 gilt, bis zum Jahr 2031 zu verlängern. Der dbb unterstützt diese Maßnahme als richtigen, jedoch nicht ausreichenden Schritt. Die Herausforderungen der Zukunft machen eine dauerhafte Stabilisierung erforderlich. Nur so kann das Vertrauen – gerade der jungen Generation – in die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt werden. Der dbb hat daher in seiner Stellungnahme seiner Forderung Nachdruck verliehen, eine gesetzliche Sicherung des Rentenniveaus, auch über das Jahr 2031 hinaus, zu verankern. Die Finanzierung hat hierbei aus Steuermitteln und nicht aus Beiträgen zu erfolgen.

Ebenfalls im Gesetzentwurf vorgesehen ist eine moderate Anhebung der Mindestnachhaltigkeitsrücklage von 0,2 auf 0,3 Monatsausgaben zur Stärkung der Liquidität der Rentenkasse. Der dbb sieht darin einen sinnvollen Schritt – allerdings hätte eine stärkere Anhebung noch mehr Stabilität geschaffen.

Darüber hinaus wird im Gesetzentwurf mit der Umsetzung der Mütterrente III eine vom dbb von Beginn an kritisierte Gerechtigkeitslücke geschlossen: Ab dem Jahr 2027 ist vorgesehen, die rentenrechtliche Bewertung und Anerkennung von Kindererziehungszeiten von vor dem 1. Januar 1992 geborenen Kindern vollständig mit solchen nach dem 31. Dezember 1991 gleichzustellen. Der dbb begrüßt die überfällige Gleichstellung ausdrücklich, denn die Bewertung von Erziehungszeiten darf nicht abhängig vom Geburtszeitpunkt sein. Weiterhin hat der dbb in seiner Stellungnahme ausdrücklich begrüßt, dass die Finanzierung

der Mütterrente III aus Steuermitteln erfolgen soll. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss die Finanzierung aus Steuermitteln logische Konsequenz sein. Entsprechend hat der dbb die Neuregelung zum Anlass genommen, zu fordern, dass auch die Finanzierung der Mütterrente I und II, die derzeit aus Beitragsmitteln erfolgt, auf eine Steuerfinanzierung umzustellen.

Grundsätzlich sieht der dbb auch unabhängig von der Mütterrente aufgrund des demografischen Wandels eine stärkere Steuerfinanzierung als unumgänglich an. Deshalb fordert der dbb, die Mittel des Bundes zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung aufzustocken. Darüber hinaus fordert der dbb eine gesetzliche Definition versicherungsfremder Leistungen und deren jährliche Ausweisung, damit die Transparenz erhöht und die Beitragsgerechtigkeit gewahrt wird.

Die künftig explizit vorgeschriebene Vorausberechnung des Sicherungsniveaus vor Steuern im Rentenversicherungsbericht begrüßt der dbb als einen wichtigen Schritt zu mehr Transparenz. Um der zunehmenden Problematik von Altersarmut, die durch unterbrochene Erwerbsbiografien, unbezahlte Sorgearbeit sowie Teilzeitbeschäftigung überwiegend Frauen betrifft, besser entgegenzuwirken, fehlte es bisher an einer gesetzlichen Vorgabe, geschlechterspezifische Daten zur Rentenhöhe, Erwerbsverläufen und Armutsrisiken auszuweisen.

Diese Regelung wird nun nachgeholt, was vom dbb ausdrücklich begrüßt wird. Denn nur wer Unterschiede sichtbar macht, kann für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Mit besten Grüßen

Volker Geyer
Bundesvorsitzender